

Resolution Nr. 38 des dbv

angenommen von der
Mitgliederversammlung des dbv
am 26. Mai 2002 in Iserlohn



Herausforderungen an die deutsche Sicherheitspolitik

**Resolution der Mitgliederversammlung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins
unter Zugrundelegung der Thesen „Militärisierung der Außenpolitik?“
von Dr. Walter Romberg, Minister a.D., Teltow u.a.**

1. Kernaufgabe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik muss heute sein: Aufbau und Stärkung von deutschen, europäischen und außereuropäischen Vermittlungs- und Brückenfunktionen, von zivilen Konfliktlösungspotentialen.
2. Die Bundesrepublik sollte ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht nutzen, um in Europa diejenigen politischen Kräfte und Regierungen zu ermutigen, die bereit sind, dem Aufbau und der Förderung regionaler Sicherheitssysteme Priorität zu geben. Die Anstrengungen für die Errichtung von „Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit“ im Mittelmeerraum und im Gebiet Mittlerer Osten/Mittelasien müssen verstärkt werden. Notwendig ist die Stärkung der OSZE.
3. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss mit allen Kräften der fortschreitenden Aushöhlung und dem Zerfall des Völkerrechts, insbesondere des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen, entgegenwirken. Die Grenze zwischen Krieg und Bekämpfung von internationalem Terrorismus muss erhalten bleiben. Selbstmandatierung darf nicht internationales Gewohnheitsrecht werden.
4. Notwendig ist eine transparente Bilanzierung der finanziellen Kosten-Nutzen-Verhältnisse bei Entwicklung, Aufbau und Einsatz einerseits von zivilen Mitteln (klassische Außenpolitik bis zu moderner Konfliktprävention), andererseits von unterschiedlichen militärischen Mitteln (einschließlich Kriegs- und Wiederaufbaukosten). Der Wehretat muss reduziert werden zugunsten ziviler Sicherheitspolitik.
5. Die Bundesrepublik sollte endlich auf die technische nukleare Teilhabe (d.h. Vorbereitung deutscher Piloten auf möglichen Kernwaffeneinsatz, Lagerung von Nuklearbomben) verzichten, um die Nichtproliferation von Kernwaffen zu stärken. Die Bundesrepublik muss auch allen langfristig möglichen Wegen, die nukleare Teilhabe Deutschlands im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik zu erweitern, eindeutig absagen.
6. Die Vorgänge um das Haushaltsbewilligungsverfahren für den Militär-Airbus A 400 M haben wieder die Gefahr deutlich gemacht, dass sicherheitspolitische Schlüsselentscheidungen des Bundestages nicht mit sachgemäßen Begründungen gefasst werden, mit der Folge eines weiter schrumpfenden Vertrauens der Bürger in das Parlament. Wir brauchen endlich eine öffentliche Debatte über die Frage: Wofür/ wann/ wo/ unter welchen Bedingungen/ auf welcher Rechtsgrundlage sollen deutsche Streitkräfte ggf. eingesetzt werden? Und: welche militärischen Fähigkeiten sind in diesem Rahmen notwendig?